

Landesverband Baden-Württemberg der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e.V. (LVBWApK)

Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg e.V. (LVPEBW)

Projektkonzeption:

Interessenvertretung Psychiatrieerfahrener und Angehöriger im GPV stärken (IPAGs)

Stand: 02.03.2020

1. Projektkurzbeschreibung

Die beiden Landesverbände der Angehörigen und der Psychiatrieerfahrenen in Baden-Württemberg sind vor allem aufgrund von Rückmeldungen ihrer Mitgliedsgruppen aus den Stadt- und Landkreisen zu der Überzeugung gelangt, dass die Interessenvertretung der Selbsthilfe in den Gemeindepsychiatrischen Verbänden (GPV) sehr verbesserungswürdig ist. Sie haben sich deshalb dazu entschieden, das gemeinsame Projekt "IPAGs - Interessenvertretung Psychiatrieerfahrener und Angehöriger im GPV stärken" zu planen und durchzuführen.

Problemanzeigen sind unklare Situationen und Abläufe, unzureichende Unterstützungsstrukturen, undeutliche Rollen und unklare Motivationen. Das Anliegen ist es, an diesen Problemen anzusetzen und die Mitsprache und Mitentscheidung bei der Gestaltung der Versorgungsstrukturen auf der Ebene der Städte bzw. Kreise zu fördern.

Mit dem Projekt realisieren die beiden Verbände eine eigenständige Unterstützungsstruktur auf Landesebene, die die Interessenvertretung der Selbsthilfe im GPV stärkt und weiterentwickelt. Diese Struktur wirkt konkret in die Stadt- und Landkreise hinein und verbessert dort die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten nachhaltig. Für die Umsetzung des Vorhabens sind die personellen und finanziellen Kapazitäten des LVPEBW und des LVBWApK nicht ausreichend, weshalb eine Personalstelle mit 100%-Stellenanteil dafür geschaffen wird.



**familien selbsthilfe
psychiatrie**

LVPEBW  **e.V.**

Geschäftsstelle LVBWApK

Hebelstr. 7
76448 Durmersheim
Tel. +49 (0)7245 91 66 15
lvbwapk@t-online.de
www.lvbwapk.de

Vorsitzende

Barbara Mechelke-Bordanowicz
Bergstr. 112, 76646 Bruchsal
Tel. +49 (0)7251 87 865
barbara.mechelke@t-online.de

Geschäftsstelle LVPEBW

Yorckstraße 27
89077 Ulm
Tel. +49 (0)731 – 3608183
kontakt@lvpebw.de
www.lvpebw.de

Vorsitzender

Rainer Höflacher
Hans-Sachs-Str. 16
79331 Teningen
Tel. +49 (0)7641 – 96 21 511
hoeflacher@lvpebw.de

2. Zielgruppen des Projektes

- die Interessenvertreter*innen der Selbsthilfe in den Gemeindepsychiatrischen Verbänden Baden-Württembergs
- die Selbsthilfegruppen seelische Gesundheit in den Stadt- und Landkreisen insbesondere die Mitglieder und Mitgliedsgruppen der beiden Projektträger

3. Reichweite des Projektes

Das Projektgebiet ist Baden-Württemberg. Durch das Projekt sollen direkt vor allem die im GPV tätigen Interessenvertreter*innen in den Stadt- und Landkreisen und die an dieser Tätigkeit interessierten Angehörigen und Psychiatrieerfahrenen in den Selbsthilfegruppen erreicht werden.

4. Erfahrungshintergrund des Projektes

Aus der Auswertung der örtlichen Partizipationserfahrungen haben sich eine Reihe von Problemfeldern in der Interessenvertretung der Selbsthilfe im GPV ergeben, die die beiden Projektträger zu dieser Projektinitiative veranlassen:

- Oft sind die Interessenvertreter der Angehörigen und der Psychiatrieerfahrenen nicht in den Informationsfluss und Meinungsbildungsprozess eingebunden, der den GPV-Sitzungen vorausgeht.
- Manche wichtigen Entscheidungen fallen nicht im Steuerungsgremium des GPV selbst, sondern in gesonderten Treffen der Träger untereinander oder zwischen Kommune und Träger, ohne dass dies transparent wird.
- In den Selbsthilfe-Gruppen selbst fehlt oft der Überblick über das Hilfesystem, so dass Informationen nicht ohne weiteres in den größeren Zusammenhang eingeordnet werden können.
- Es fehlen unterstützende Rahmenbedingungen, die die Beteiligung erleichtern würden:
 - So sollten die Gremiensitzungen nachmittags stattfinden, da viele Selbsthilfe-Vertreter wie die Fachleute auch berufstätig sind.
 - Es gibt keine Entschädigung für Verdienstausschlag bzw. eine angemessene Aufwandsentschädigung.
 - Selbsthilfevertreter beklagen die Fachsprache der Profis, welche Distanz herstellt, und erleben, dass ihnen auch Wissen über das kommunale Hilfesystem fehlt.
- Manchmal ist offen, ob die Beteiligten in ihrer Rolle als Sprecher einer örtlichen Gruppe mitwirken oder ob sie auf Mitarbeit angesprochen wurden, weil Fachleute sie zufällig kennen und sie dann nur ihre persönliche Meinung vertreten. Das heißt, es stellt sich die Frage, auf welche Weise die Interessenvertreter legitimiert sind.
- Die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe hat zunächst einmal ein anderes Ziel als die Interessenvertretung bei der Gestaltung des Hilfesystems. Teilweise entstehen Interesse und Motivation zur Mitwirkung in Gremien bei den Betroffenen und Angehörigen erst allmählich, wenn die Zusammenhänge zwischen der persönlichen Situation und der Ausgestaltung des Hilfesystems erfahren werden. Nicht selten ist der Besuch einer Selbsthilfegruppe dann aber der Einstieg in ein weitergehendes sozialpolitisches Engagement.

5. Projektziele und die daraus resultierenden Aktivitäten und Methoden zur Zielerreichung

Die Aktivitäten und Methoden zur Zielerreichung ergeben sich aus den genannten Projektzielen:

5.1. Aufbau einer eigenständigen Struktur auf der Landesebene mit folgenden Aufgaben:

Entsprechend ihrer Tätigkeit auf Landesebene liegt den beiden Verbänden an einer funktionierenden Interessenvertretung der Selbsthilfe im GPV landesweit in allen 44 Stadt- und Landkreisen. Deswegen soll die geplante eigenständige Struktur ein Beratungs- und Unterstützungsangebot sein, das die Selbsthilfevertreter in allen Kreisen nutzen können. Selbstverständlich übersteigt die Größe des Projektgebietes die Möglichkeiten der einzustellenden Fachkraft, sodass diese nicht in alle Kreisen gleichermaßen vor Ort tätig werden kann.

- *Austausch: Durchführung von selbstorganisierten landesweiten Austauschveranstaltungen/Impulsworkshops für die örtlichen Vertreter*
- *Goodpractice: Sammeln und Weiterleiten von guten Beispielen gelungener Partizipation*
- *Fortbildung: Entwicklung und Durchführung einer selbstorganisierten Fortbildung „Partizipation“ mit 3 Modulen analog zur Fortbildung für die IBB-Stellen.*
- *Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Akteuren der psychiatrischen Versorgung, um Partizipation weiter zu entwickeln.*

5.2. Unterstützung auf der kommunalen Ebene:

Neben seinen*ihren Aktivitäten auf Landesebene, hat der*die Projektmitarbeitende die Aufgabe auch auf kommunaler Ebene tätig zu werden. Er*sie wird die Selbsthilfe-Vertreter*innen und –gruppen in den Stadt- und Landkreisen besuchen, ihre Erfahrungen und Fragen kennenlernen und sie bei der Weiterentwicklung beraten. Aufgaben werden sein:

- *Befähigung der örtlichen Interessenvertreter zur wirksamen Mitarbeit im GPV zum Beispiel mit Hilfe von fachlichem Austausch und Info-Material*
- *Verbesserung des Informationsflusses zu den einzelnen Gruppen hin*
- *Förderung der kreisübergreifenden Zusammenarbeit der örtlichen Gruppen*
- *Anregen der Benennung eines im örtlichen GPV für Partizipation verantwortlichen Ansprechpartners und Aufbau einer Arbeitsgruppe, die sich um die Partizipationsförderung im GPV kümmert*
- *Klärung von Aufwandsentschädigungen für Interessenvertreter*innen*

6. Zeitplan

Angestrebt wird eine Projektlaufzeit bzw. Projektförderung über 3 Jahre. Der Projektstart ist davon abhängig, wann dem Projekt genügend Fördermittel zur Verfügung stehen. Frühester Termin ist Anfang 2021.

Das Projekt besteht aus 3 Phasen:

1. Projektstart mit Werbe- und Aufbauphase sowie Erstellung eines Aktivitätenplans (6 Monate)
2. Umsetzungsphase auf Landes- und Kreisebene (26 Monate):
3. Evaluationsphase mit Projektabschluss (4 Monate)

7. Funktion, Aufgaben sowie Qualifikation des zu fördernden Personals; Projektleitung

Eingestellt werden soll eine Fachkraft mit Hochschulabschluss (z.B. Psychologie, Sozialpädagogik,...) oder vergleichbarer Qualifikation. Gesucht wird dazu eine Person mit mehrjähriger Erfahrung mit dem psychiatrischen Hilfesystem in Baden-Württemberg sowie besonderen Kenntnissen im Bereich GPV. Die Person sollte mit der Planung von Strukturen, Netzwerkarbeit und dem Umgang mit psychisch erkrankten Menschen auf Augenhöhe vertraut sein. Sie sollte bereits im Bereich Fortbildung Schulungen konzipiert, organisiert und durchgeführt haben. Sie muss die Anliegen der Psychiatrieerfahrenen und der Angehörigen gleichermaßen im Blick haben.

Aus den Vorständen des LVPEBW und des LVApK bildet sich ein Leitungsteam – bevorzugt ein Tandem, das für den Verlauf des Projektes dem jeweiligen Vorstand verantwortlich und dem*der Projektmitarbeiter*in gegenüber weisungsbefugt ist. Das Leitungsteam gibt sich eine Geschäftsordnung. Es wird außerdem ein Projektbeirat gebildet werden.

8. Nachhaltigkeit

Gewünscht ist, dass eine Unterstützungsstruktur auf Landesebene auch nach Projektende weiterbesteht. Welche Form dafür sinnvoll ist, wieviel Personalkapazität dann für die weitere Arbeit benötigt wird und ob bei Projekterfolg weitere Förderer gewonnen werden können, ist im Rahmen der Evaluation in der Schlussphase des Projektes zu klären.

Für die jeweiligen Vorstände:

Rainer Höflacher

Vorsitzender Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg (LVPEBW) e.V.

Barbara Mechelke

Vorsitzende Landesverband Baden-Württemberg der Angehörigen psychisch Erkrankter (LVBWApK) e.V.